

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 22.03.2011**

öffentlich

Ort: Ratshof, Raum 105/107
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Jürgen Busse	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Katharina Hintz	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Hans-Günter Schneller	Verw
Frau Annerose Winter	Verw
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Herr Mamad Mohamad	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Christian Weinert	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw
Herr Sven Weise	LIGA
Herr Tobias Kogge	BG
Frau Andrea Simon	Verw

Entschuldigt fehlen:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU	vertreten durch Herrn Jürgen Busse
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	vertreten durch Herrn Dr. Bodo Meerheim
Frau Hanna Haupt	SPD	vertreten durch Frau Katharina Hintz
Frau Susanne Wildner	Verw	
Frau Petra Schneutzer	Verw	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE	
Herr Manfred Schuster	FDP	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Beschlussvorlagen
- 3.1. Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII
Vorlage: V/2011/09588
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Beantwortung von mündlichen Anfragen
7. Mitteilungen
8. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kogge informiert über die Erkrankung der Ausschussvorsitzenden und darüber, dass sich die stellvertretende Vorsitzende im Urlaub befindet. Er bittet um einen Vorschlag aus den Fraktionen. Herr Dr. Bartsch wird vorgeschlagen. Der Vorschlag wird mit einer Stimmenthaltung angenommen. Herr Kogge bittet Herrn Dr. Bartsch nach vorn.

Herr Dr. Bartsch begrüßt die Mitglieder und Gäste der Sondersitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und bittet darum, sich aufgrund der Zeitknappheit auf das Wesentliche zu beschränken.

Er stellt die Ordnungsmäßigkeit und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

zu 3 Beschlussvorlagen

zu 3.1 Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII Vorlage: V/2011/09588

Herr Dr. Bartsch bittet die Verwaltung darum, sich zur Beschlussvorlage zu äußern.

Herr Schneller ergreift das Wort und erläutert die Entstehung der Vorlage. Er informiert darüber, dass sich die Veränderungen im Halle-Pass nur auf die Verpflegung (Essengeld) beziehen. Bestimmte Gruppen, zum Beispiel Kinder von Wohngeldempfängern bzw. Empfängern von Kinderzuschlag, wurden bisher durch den Halle-Pass nicht gefördert.

Desweiteren wird für den Personenkreis der Leistungsbezieher nach § 3 AsylbLG der Mehraufwand anerkannt und im Rahmen des Halle-Passes bezuschusst.

Frau Wolff möchte wissen, was sich hinter dem Begriff Kinderzuschlag verbirgt. Dies wird durch Frau Simon erläutert.

Frau Wolff erklärt, dass die Begründung zu § 2 und 3 AsylbLG für sie nicht nachvollziehbar sei. Desweiteren möchte sie wissen, warum die Stadt Halle nicht das Berliner Modell übernimmt, d.h. Bundeszuschlag plus 1 €- Zuschuss.

Herr Schneller erläutert nochmals die Begründungen zu beiden Paragraphen. Danach erklärt Herr Kogge, dass der Halle-Pass eine ergänzende Leistung sei; diese Ergänzung wurde nun durch den Bund aufgenommen.

Frau Krausbeck wünscht sich eine abschließende Klärung, ob es rechtlich gesehen in Ordnung ist, dass die Kommune zahlen darf.

Frau Wolff fragt ob die Zahlung der Gelder für Empfänger nach den § 2 und 3 AsylbLG pflichtig oder eine freiwillige Aufgabe sei. Herr Schneller bestätigt, dass es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe handelt.

Herr Krause ergänzt, dass die Verwaltung die Willensbildung des Rates nicht ersetzen muss. Es soll lediglich die Leistung sichergestellt werden, die direkt bei den Kindern ankommt. Er wollte von der Verwaltung wissen, ob die Gefahr besteht, dass durch die Kommune aufgrund einer Notsituation bereitgestelltes Geld den Kindern durch den Bund wieder abgezogen werden kann; daher die Frage um Prüfung der Rechtssicherheit.

Er weist außerdem darauf hin, dass wirklich gut überlegt werden muss, in welcher Höhe geholfen werden kann angesichts der angespannten Haushaltslage.

Herr Kogge fragt eine anwesende Mitarbeiterin des Jobcenters ob bisher eine Anrechnung der Essenszuschüsse aus dem Halle-Pass erfolgt ist bzw. ob dies geplant sei. Beides wird verneint.

Herr Müller bittet darum, die Diskussion nicht unnötig auszudehnen und zur Abstimmung zu kommen.

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt

Ja- Stimmen	3
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	7

Herr Dr. Bartsch dankt für die Diskussion.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

keine

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

keine

zu 6 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Kogge informiert darüber, dass das Bildungspaket im Sozial- Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss im April intensiv vorgestellt wird.

zu 7 Mitteilungen

keine

zu 8 Anregungen

Herr Hildebrandt weist darauf hin, dass in Zukunft in der Geschäftsordnung geregelt werden müsste, was passiert, wenn Ausschussvorsitzender und Stellvertreter nicht anwesend sind. Herr Kogge nimmt dies auf.

Für die Richtigkeit:

Datum: 23.09.11

Rudloff
stellv. Protokollführerin

Dr. Bartsch
in Vertretung der Ausschussvorsitzenden